

BESCHLUSS

des Bundesvorstandes der FDP, Berlin, 14. November 2016

Das freiheitliche Europa der Vielfalt, Chancen und Werte stärken

Im Jahr 2016 steht die Europäische Union vor enormen Herausforderungen. Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, das freiheitliche Europa der Vielfalt, Chancen und Werte wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gerade in diesen stürmischen Zeiten zu bewahren und zu stärken. Zugleich stehen wir Freie Demokraten für eine bürgernahe Politik, die die Augen vor Missständen nicht verschließt. Aufbauend auf den Europawahlprogrammen von FDP und ALDE sowie dem Beschluss des Bundesvorstandes zum britischen Referendum konkretisieren wir die Eckpunkte unserer europapolitischen Ziele wie folgt:

1. Für ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten

Der Beschluss des Europäischen Rates vom 19. Februar 2016 zeigt: Das liberale Anliegen, die EU flexibel weiter zu entwickeln, ist zur Richtlinie der Staats- und Regierungschefs geworden. Wir wollen mehr Raum für verschiedene Geschwindigkeiten bei der Integration in Europa geben. Mitgliedsstaaten, die an der Weiterentwicklung der EU nicht oder nur langsamer teilnehmen wollen, sollen die anderen nicht aufhalten. Wo ein gemeinsames Vorgehen nicht möglich ist, bewirkt ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten politischen Fortschritt, zeitliche Flexibilität und Rücksichtnahme auf besondere nationale Gegebenheiten.

2. Für ein handlungsfähiges Europa in Flüchtlings- und Asylfragen

Die drei Europäischen Gipfel im Februar und März haben gezeigt, dass die Europäische Union in Flüchtlings- und Asylfragen der sich zuspitzenden Lage weiter nicht gerecht wird. Natürlich ist die Türkei ein zentraler Partner bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise. Die türkische Unterstützung bei der Grenzsicherung kann aber kein Ersatz für eine europäische Lösung des Problems sein.

Wir Freien Demokraten fordern seit langem eine gemeinsame europäische Lösung. Es ist richtig, dass Frontex und das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (European Asylum Support Office EASO) vor Ort gestärkt werden. Wir begrüßen, dass Griechenland jetzt endlich bei der Einrichtung und beim Betrieb von Registrierungscentren und beim Schutz seiner Außengrenzen unterstützt wird. Wir brauchen außerdem eine europäische Grenz- und Küstenwache überall dort, wo ein Mitgliedstaat mit dem Zustrom an Drittstaatsangehörigkeiten überfordert ist. Nötigenfalls soll eine europäische Küstenwache auch gegen den Willen eines betroffenen Mitgliedstaates aktiv werden können. Es ist falsch, dass der Rat die genau für solche Situationen vorgesehene Richtlinie über den zeitweiligen Schutz von Bürgerkriegsflüchtlingen nicht nutzt. Als nächsten Schritt brauchen wir unbedingt ein europäisches Asylrecht mit einem europaweiten Verteilungsschlüssel, der auf der Solidarität aller

Mitgliedstaaten basiert und bei Nichteinhaltung wirksame Sanktionen ermöglicht. Wir müssen zudem den europäischen Rechtsrahmen für ein modernes Einwanderungsrecht weiterentwickeln, das integrationswilligen Flüchtlingen eine langfristige Bleibeperspektive ermöglicht.

3. Für eine aktive gemeinsame Europäische Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik

Die Europäische Union hat in den Iran-Verhandlungen erfolgreich dazu beigetragen, einen großen internationalen Konflikt beizulegen. Auch die Entspannung zwischen Serbien und dem Kosovo wäre ohne die Brüsseler Diplomatie nicht denkbar. Allerdings bleibt die EU in anderen Feldern noch weit hinter ihren Möglichkeiten zurück. Gegenüber Russland sollte sie nicht nur den kleinsten gemeinsamen Nenner – Aufrechterhaltung der Sanktionen wegen des Krieges in der Ostukraine und der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim – verfolgen, sondern stärker mit einer gemeinsamen Stimme auf Moskau einwirken. Das betrifft sowohl die Umsetzung des Minsk-II-Abkommens bezüglich der Ostukraine als auch die Strategie im Syrien-Konflikt. Außerdem ist die Gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik im Hinblick auf die Schaffung einer europäischen Armee unter parlamentarischer Kontrolle auszubauen, verbunden mit der Ausarbeitung einer gemeinsamen Friedens- und Sicherheitsstrategie. Aus liberaler Sicht gilt es auch, die Zusammenarbeit mit der NATO als dem erfolgreichsten Sicherheitsbündnis der Geschichte auszubauen und das europäische Gewicht im Nordatlantiktatrat zu vergrößern. Außerdem ist es wichtig, gerade bei der Konfliktprävention und beim Monitoring auf die Kompetenz von OSZE zu setzen und auf eine enge Abstimmung hinzuwirken.

4. Für ein Europa der Chancen für junge Menschen

Europa bietet Chancen für gute Bildung, Freizügigkeit und Arbeitsplätze in der gesamten EU. Eine erfolgreiche europäische Politik der Sozialen Marktwirtschaft, die auf Wettbewerb setzt, schafft Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben in Frieden und Freiheit in ganz Europa. Zugleich steht Europa vor großen wirtschaftspolitischen Herausforderungen. Die Jugendarbeitslosigkeit, besonders in Südeuropa, ist weiter besorgniserregend hoch – und das bei gleichzeitigem Fachkräftemangel. Mit Sorge sehen wir das Erstarken von links- und rechtspopulistischen Strömungen, die jungen Menschen Chancen verbauen. Wir Freien Demokraten stehen klar für Strukturreformen und Bildungsoffensiven. Ein duales Bildungssystem ist ein Schlüsselfaktor zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit, ergänzt durch Fördermaßnahmen auf europäischer Ebene zur Schaffung eines echten europäischen Arbeitsmarktes. Das „Paket zur Jugendbeschäftigung“ muss durch die europäischen Institutionen, Mitgliedstaaten, Sozialpartner und Zivilgesellschaft aktualisiert und ergänzt werden. Wir Freie Demokraten fordern mehr grenzüberschreitenden Austausch durch europäische Programme für Schüler und Studierende und mehr Investitionen in Forschung und Bildung. Mit größerem Ehrgeiz sollten wir das Ziel verfolgen, endlich den digitalen Binnenmarkt zu vollenden. Dieser ist Voraussetzung für Gründergeist, junges Unternehmertum, Start-ups, Innovationen und den Anschluss an Bildung, insbesondere im ländlichen Raum Europas.

5. Für ein Europa der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Mit Sorge beobachten wir die innenpolitischen Entwicklungen in Ungarn und aktuell in Polen. Versuche, Pfeiler der Demokratie wie Gewaltenteilung und Pressefreiheit zu beseitigen, müssen abgewehrt werden.

Wir Freien Demokraten begrüßen, dass die EU-Kommission im Januar 2016 das Verfahren der Rechtsstaatskontrolle gegenüber Polen eingeleitet hat. Wir fordern die polnische Regierung auf, dabei konstruktiv mit der Europäischen Kommission, der Venedig-Kommission des Europarats und den

Institutionen der OSZE zusammenzuarbeiten. Die EU ist auf gemeinsame Werte wie Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Demokratie gestützt, die gemäß Artikel 2 des EUV für alle Mitgliedstaaten verbindlich sind. Freie Demokraten setzen zudem auf die Stärke der Zivilgesellschaften, einen weiteren Abbau demokratischer Errungenschaften nicht zuzulassen. Zudem setzen wir uns mittelfristig für eine Reform der Rechtsstaatskontrolle ein, um bei dauerhaften Verletzungen unserer Werte auch unterhalb der Schwelle des Stimmentzugs wirksame Sanktionen verhängen zu können. Denn nur, wenn wir selbst von der Wirkungskraft unserer Werte überzeugt sind und ihnen bei Gegenwind Geltung verschaffen, stärken wir Europa als Wertegemeinschaft und internationales Vorbild.